



Haushaltsrede 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor ca. einem Jahr schloss ich meine Haushaltsrede mit folgenden Sätzen:

„Der Haushalt 2006 hat keine Chance, genehmigt zu werden. Wir werden auch ein weiteres Jahr ohne genehmigten Haushalt auskommen müssen. Und wenn die Landesregierung ihre geplanten Kürzungen im Jugendbereich durchzieht und der Kreis Aachen nicht gewillt ist, Belastungen aufzufangen, damit die Kommunen ihre Haushalte wenigstens genehmigungsfähig gestalten können, sehe ich bis 2010 keine Möglichkeit zum Ausgleich. Wegen dieser Perspektivlosigkeit lehnt die SPD-Fraktion den Haushalt 2006 ab und fordert die anderen Fraktionen auf, den Haushalt ebenfalls abzulehnen.“

Meine Damen und Herren, um einem Haushalt zustimmen zu können, müsste man mit den Einnahmen, den Ausgaben und vor allen Dingen den Rahmenbedingungen einverstanden sein. Zu diesen Rahmenbedingungen möchte ich hier kurz etwas sagen.

Unser Verwaltungshaushalt weist in der Einnahme einen Betrag von rund 23,16 Mio. € aus. Dass wir diesen

Betrag überhaupt erreichen, verdanken wir unter Anderem der Gewerbesteuer, die eine bisher noch nie erreichte Höhe, nämlich 5,2 Mio. € beträgt. Die Schlüsselzuweisungen des Landes sind mit ca. 1,36 Mio. € so niedrig wie selten.

Bei den Ausgaben drückt uns vor allen Dingen die Kreisumlage. Diese Umlage hat mit etwa 7,43 Mio. € einen historischen Höchststand erreicht und bindet 32% unserer Gesamteinnahmen.

Die wenigen, nicht oder kaum von uns zu beeinflussenden Posten wie Kreisumlage, Personalkosten, „Fond Deutsche Einheit“, Zinsausgaben, Sozialhilfe, Pflichtzuführung zum Vermögenshaushalt zur Schuldentilgung und Schülerfahrkosten betragen 15,82 Mio. € oder 68%. Mit den restlichen 32% oder 7,35 Mio. € sollen wir unsere Schulen, Straßen, öffentlichen Gebäude, Mauern und Treppen der Altstadt und vieles mehr instandhalten, neu beschaffen, Winterdienst, Entwässerung und Müllabfuhr aufrecht erhalten, um nur einiges zu nennen. Das ist natürlich nicht zu schaffen. Unser Haushalt weist eine jahresbezogene Unterdeckung von 3 Mio. € aus. Damit haben wir Ende 2007 einen Gesamtfehlbestand von rund 10 Mio. € erreicht, alleine im Verwaltungshaushalt. Wie lassen sich die „nicht von uns zu beeinflussenden Ausgaben“ ändern? Zum Einen muss Bund und Land einiges überdenken. Es kann nicht sein, dass eine Kommune, die selbst seit Jahren keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr erreicht, in den Fonds Deutsche Einheit einzahlt. Die Kosten für die Schülerbeförderungen sind nicht mehr zeitgemäß. Wenn das Land die Schülerfahrkosten nicht mehr fördert, muss das Gesetz so geändert werden, dass die Kosten nicht nur vom Schulträger bezahlt werden müssen, sondern

auch von den nutznießenden Nachbarkommunen. Ein Drittel unserer Gesamteinnahmen kassiert der Kreis, der die Kreisumlage so gestaltet, dass sein Haushalt ausgeglichen ist. Es geht auch anders. Unser Nachbar, der Kreis Euskirchen, zeigt, dass er auch mit einer deutlich geringeren Umlage leben kann. Ich bin überzeugt, dass im Kreishaushalt noch Luft ist. Ein Blick in den Stellenplan zeigt, dass der Kreis alleine 43 Beamte im Höheren Dienst beschäftigt, zählt man die 15 Angestellten des Höheren Dienstes dazu, kommt man auf 58 Stellen. Die Stadt Monschau hat zwei. Alleine im Dezernat II, Ordnungs- und Ausländeramt, Amt für Rettungswesen und Katastrophenschutz sowie Veterinär- und Lebensmittelüberwachung werden 7 Beamte des höheren Dienstes sowie 12 Beamte des gehobenen Dienstes beschäftigt. Das entspricht personalmäßig etwa der Anzahl der höheren Beamten der Verwaltungen von Simmerath, Roetgen und Monschau zusammen. Der Stellenplan ist nur ein Beispiel für viele, die sich im Kreishaushalt finden lassen.

Aber auch wir leisten uns Ausgaben, die so eigentlich nicht zu verantworten sind.

Hier möchte ich unser Nationalparktor nennen. Dieses Unternehmen hat sich zu einem Selbstläufer entwickelt, der uns so nicht hätte passieren dürfen.

Das Haus Seebend sollte 2004 und 2005 mit einem Gesamtaufwand von 625.000 € zum Nationalparktor ausgebaut werden. 550.000 € für das Portalhaus sollten mit 80 % gefördert, weitere 50.000 € über Zuschüsse Dritter beigesteuert werden. Damit blieben für die Stadt Monschau 135.000 € aus Kreditaufnahmen übrig.

Was ist daraus geworden?

Im Haushalt 2007 ist zu lesen, dass der Ausbau des Gebäudes Pekun sowie die Herrichtung der Freifläche Baukosten von 1.013.828 € verursachen. Bei einer 80%igen Förderung bleibt für die Stadt ein Betrag von 258.065 €, also eine Verdoppelung, übrig. Außerdem muss die Stadt noch die Grunderwerbskosten von 160.000 € zurückzahlen, die die Stadtentwicklungsgesellschaft vorfinanziert hat. Zählt man alles zusammen: Infopunkt, Nationalparktor, Gestaltung der Fläche unterhalb des Tores, Nationalparkweg und ähnliches erreichen wir fast 500.000 € Belastung für die Stadt, wenn es denn dabei bleibt.

Denn über die Folgekosten, die der Betrieb des Nationalparktores zu Lasten des Stadthaushaltes bringt, wird bisher geschwiegen. Da frage ich Sie, Herr Bürgermeister: Wann sagen Sie uns die ganze Wahrheit?

Alle diese Ausgaben zeigen deutlich, dass uns die Schaffung der Infrastruktur für den Fremdenverkehr viel Geld kostet. Das heißt aber auch, dass diese Infrastruktur erhalten und gepflegt werden muss; besonders dann, wenn – wie kürzlich zu lesen war – die Eifel Urlaubsregion Nr. 1 in Deutschland werden soll. Hier sind auch und vor allem die profitierenden Unternehmen gefordert.

Des Weiteren gehört zur Infrastruktur eine gute Erreichbarkeit aus allen Richtungen. Wir halten eine Umgehungsstraße auch weiterhin für erforderlich. Ich denke, wir sind gut beraten, uns die Planungen der Regionalniederlassung Ville Eifel anzusehen und uns alle Optionen offen zu halten. Bei einer besseren Anbindung an das Oberzentrum Aachen wäre bestimmt auch die Haag besser zu vermarkten.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft hilft uns, Projekte schnell und unbürokratisch zu erledigen. Bezahlt wird später. So muss z.B. in 2007 und 2008 die Überdachung der Burg Monschau, die bisher immer noch nicht dicht ist, zurückgezahlt werden. In zwei Jahren 96.000 €. Dieses Dach ist im Jahr drei Wochen erforderlich. Wir alle sind davon ausgegangen, dass auch das Gerüst nach den Aufführungen wieder abgebaut wird. Das ist uns auch in den zuständigen Fachausschüssen so vermittelt worden. Das Bild der Burg, das sich von der Rurbrücke aus bietet, ist durch diesen Fremdkörper in erheblicher Weise gestört. Für uns ist es unverständlich, dass die Denkmalbehörde des RP hier mitspielt. Zur Zeit wird die Fertigstellung der Realschulsanierung durch die Stadtentwicklungs-gesellschaft vorfinanziert. Auch diese Kosten müssen in den nächsten Jahren in den Vermögenshaushalt und werden dann kreditfinanziert.

Wir stehen, trotz magerem Budget, zu unseren Schulen und Jugendeinrichtungen. Die Grundschulen bieten bis auf Kalterherberg die Ganztagsbetreuung an. Bei der Sanierung der Realschule ist doch mittlerweile ein Ende abzusehen und beim Gymnasium sind große Fortschritte zu erkennen. Die seit langem überfällige Fenstersanierung wird auch erhebliche Energieeinsparungen mit sich bringen. Unsere Kanalgebühren sind gleich geblieben und zwar auf sehr hohem Niveau. Wir von der SPD fordern seit langem die gesplittete Gebühr, um eine Gebührengerechtigkeit zu erreichen, die unseren Normalbürger entlastet. Unser Kanal muss – besonders da, wo es große versiegelte Flächen gibt – ertüchtigt werden. Das sollte nach dem Willen der Sozialdemokraten nicht von allen Benutzern nach

Frischwasserverbrauch bezahlt werden. Bei der gesplitteten Gebühr muss jeder für die versiegelte Fläche zahlen, von der er in den Kanal einleitet. Dass man Dachwässer vor Ort versickern lassen will, ist grundsätzlich zu begrüßen. Aber nicht überall ist das mit vertretbarem Aufwand zu leisten und es geht auch nicht, dass da, wo der Boden das Wasser nicht aufnehmen kann, dem Nachbarn das Grundstück versumpft wird. Geht man noch – wie geplant – hin, und senkt dem, der in der glücklichen Lage ist, sein Regenwasser versickern zu lassen, die Abwassergebühr, wird derjenige, der das nicht kann, eine höhere Gebühr zahlen müssen, solange die Berechnungsgrundlage der Frischwasserverbrauch bleibt. Die Endsumme muss stimmen.

Die SPD stimmt dem Investitionsprogramm bis auf die Ausgaben für das Parkleitsystem sowie dem Stellenplan 2007 zu und lehnt die Haushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept ab.